

## Ohne Medien keine Demokratie

Videobotschaft von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments  
an der Nationalen SRG Tagung vom 25. September 2015 in Chur

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde von der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft  
SRG SSR

es tut mir außerordentlich leid, heute nicht persönlich bei Ihnen sein zu können.  
Auch, und das gebe ich gerne zu, weil mir die Region hier nicht nur als wunderschöne  
Ferienecke der Schweiz durch viele Aufenthalte ans Herz gewachsen ist. Sondern auch weil  
mich dieses funktionierende Mini-Europa Graubünden mit seinen drei  
Sprachgemeinschaften auch kulturell interessiert.

Mir ist es daher sehr wichtig, auf diesem Wege einige Worte an Sie richten zu dürfen.  
Denn das Thema, das Sie auf Ihrer Tagung behandeln - Medien und Demokratie - liegt mir  
sehr am Herzen und ist für die Schweiz ebenso wie für die Europäische Union von  
herausragender Bedeutung.

Außer Frage steht: Ohne freie Presse gibt es keine Demokratie.  
Das Funktionieren einer Demokratie setzt voraus, dass die Menschen über die  
Informationen verfügen, die sie benötigen, um sich auf rationale Weise eine eigene Meinung  
zu allen politischen Fragen bilden zu können.

Diese Informationen können sie zum größten Teil nur aus den Medien beziehen.  
Deren Aufgabe besteht deshalb vor allem darin, die erforderlichen Informationen zu  
beschaffen, auszuwählen und so zusammenzustellen und kritisch zu kommentieren, dass ihr  
Publikum sie versteht und sich seine eigene Meinung bilden kann.

Für uns Politiker ist es oft genug anstrengend, mühsam, manches Mal durchaus auch  
ärgerlich unter ständiger Beobachtung und unter permanentem Rechtfertigungsdruck zu  
stehen. Aber das muss so sein, ob es uns lieb ist oder nicht. Wenn es nicht so, dann läuft  
etwas grundfalsch.

Wo Journalistinnen und Journalisten bedroht, überwacht, eingeschüchtert, an ihrer Arbeit gehindert oder gar inhaftiert werden kann deshalb keine Demokratie gedeihen oder funktionieren.

Die Medienwelt muss dynamisch, frei und kritisch sein.

Denn unsere Gemeinwesen leben davon, dass Entscheidungen öffentlich debattiert, hinterfragt, kritisiert, verändert oder gar verworfen werden.

Dies gilt für Deutschland, Griechenland, Schweden oder die Schweiz genauso wie für die Europäische Union insgesamt.

Meinungs- und Informationsfreiheit sind deshalb auch zentrale Grundrechte der Europäischen Union, die in Artikel 11 der Grundrechtecharta verankert sind.

Als intensiver Beobachter und häufiger Besucher der Schweiz ist mein Eindruck, dass das Verhältnis zwischen Medien und Demokratie in Ihrem Land exzellent funktioniert und dass die Medienpluralität gesichert ist.

Besonders auffällig ist das hohe Niveau und die differenzierte und rationale Art der öffentlichen Auseinandersetzung bei den vielen sehr polarisierenden Volksabstimmungen. Allerdings gibt es hier natürlich genauso gnadenlose Populisten, die mit den Ängsten der Menschen spielen und ihr politisches Süppchen kochen.

Die Schweiz hat vor allen Dingen auch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der seinen Auftrag vorbildlich erfüllt, und der eine unabhängige publizistische Arbeit sichert.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen:

Ich halte einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Finanzierung gesichert ist, für unverzichtbar.

Dieter Grimm, früherer Richter am deutschen Bundesverfassungsgericht, bringt es auf folgenden Punkt: "Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk wird gebraucht, weil der kommerzielle Rundfunk, der von Werbung lebt und sein Programm daran ausrichten muss, zur Meinungsbildung des Publikums nicht genug beiträgt."

Und weiter: "Die Qualität einer Demokratie hat auch etwas mit dem Zustand ihrer Medien zu tun. Wenn der kommerzielle Sektor den Bedarf nicht vollständig erfüllt, muss für Alternativen gesorgt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine solche. Sein Dienst liegt im Interesse aller. Deswegen lässt es sich auch rechtfertigen, dass alle dafür finanziell aufkommen."

Wenn im Grundsatz alles so glänzend funktioniert, warum dann diese Tagung, könnte man Fragen.

Meine Antworten darauf:

Erstens: Es zeugt von Ihrer politischen Weitsicht und Verantwortung, dass Sie heute diese Thematik reflektieren und breit diskutieren.

Und zweitens gilt: Die Pressefreiheit ist nie ein für allemal gesichert: Sie muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden und bedarf stets einer kritischen Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft.

Für das Europäische Parlament sind deshalb Freiheit und Pluralismus der Medien von zentraler Bedeutung.

Sorgen bereiten uns dabei besonders die Beschränkung der Medienfreiheit durch politische oder kommerzielle Einflussnahme, Medienkonzentration, die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden sowie die potentiellen Folgen für die Unabhängigkeit der Journalisten.

In Italien haben wir jahrelang gesehen, wohin eine "Berlusconisierung" der Medienlandschaft führt, nämlich zu Einheitsbrei und zur Verflachung des politischen Diskurses.

Mit Ungarn haben wir in der Europäischen Union ein Land, dessen Medienpolitik unter Beobachtung sowohl der Europäischen Kommission als auch des Europäischen Parlaments steht. Wir im Europäischen Parlament haben die Situation der Medien in Ungarn bereits mehrfach debattiert und uns mit klaren und kritischen Worten geäußert. Wir werden das auch weiterhin tun.

Ohne dass es in irgendeiner Weise mit den beiden oben genannten Beispielen vergleichbar wäre, so gibt es auch hier besorgniserregende Tendenzen, nämlich dass führende Politiker etwa durch den Kauf von Verlagen oder durch direkte Einflussnahme auf die Besetzung von Redaktionen versuchen die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten und zur Verfolgung ihrer eigenen politischen Ziel zu beeinflussen, vielleicht sogar zu manipulieren.

Diese Beispiele lehren uns, dass wir - wie ich bereits sagte - das Erreichte, die Freiheit und Pluralität der Medien nie für gegeben und selbstverständlich hinnehmen dürfen.

Immer droht die Gefahr, dass die Meinungsfreiheit monopolisiert wird.

Conrad Ferdinand Meyer hat diese Gefahr bereits vor 120 Jahren wie folgt beschrieben:

„Meinungsfreiheit ist die Freiheit einiger Reicher, das zu sagen, was sie denken“.

In das Jahr 2015 übersetzt heißt das konkret: Es geht um die Übernahme der Medienkonzerne durch eine Shareholder Value-Politik.

Dazu nochmal C. F. Meyer: „Meinungsfreiheit ist am Ende die Freiheit derjenigen, die die meinungsbildende Instrumente für sich monopolisieren können.“

Diese Entwicklungen sehen wir in vielen Ländern, niemand ist davor gefeit, nicht die Schweiz, nicht die EU.

Es liegt an uns Politikern - aber auch an Ihnen Medienschaffenden - dies zu verhindern, und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass eine unabhängige und plurale Medienlandschaft gedeihen kann.

Auch im europäischen Integrationsprozess spielen die Medien daher eine herausragende Rolle. Sie begleiten den politischen Entscheidungsprozess in der EU und zerren Entscheidungen ans Licht der Öffentlichkeit.